

**WEIL ES UM
MEHR
GEHT!**

TARIF
BEWEGUNG
2016

ver.di

Kein Angebot der Arbeitgeber! VKA fordert Kürzung bei der Zusatzversorgung! Jetzt Warnstreiks!

Bund und Kommunen weisen Forderung nach Lohnerhöhung um 6 Prozent als überhöht zurück und sehen keinen Bedarf, durch höhere Entgelte die Konkurrenzfähigkeit des öffentlichen Dienstes um qualifiziertes Personal zu verbessern.

Im ersten Verhandlungstermin der Tarif- und Besoldungsrunde 2016 am 21. März 2016 in Potsdam haben die öffentlichen Arbeitgeber des Bundes und der Kommunen kein Angebot vorgelegt. Die ver.di-Forderungen seien völlig überzogen, würden die Kommunen stark belasten und die notwendigen Investitionen des öffentlichen Dienstes gefährden. Die weiterhin steigenden Steuereinnahmen und den Lohnrückstand zur Gesamtwirtschaft seit 2000 um 3,8 Prozentpunkte wollten sie nicht wahr haben. Die Arbeitgeber kennen unsere Forderungen und wir erwarten ein Angebot, damit wir in Verhandlungen eintreten können.

Unsere Forderungen sind berechtigt!

In der zweiten Verhandlungsrunde wollen wir ein Angebot der Arbeitgeber!

Um ihnen das deutlich zu machen, ist es Zeit, aktiv zu werden! Unsere Stärke zählt!

ver.di fordert	Antwort Arbeitgeber
Tabellenerhöhung um 6 Prozent.	Kein Angebot! Forderung überhöht, keine Personalgewinnungsprobleme, kein Nachholbedarf gegenüber der privaten Wirtschaft.
Erhöhung der Entgelte für Auszubildende, Praktikantinnen und Praktikanten um 100 Euro.	Kein Angebot! Forderung von etwa 11 Prozent ist überhöht.
Unbefristete Übernahme der Auszubildenden im erlernten Beruf.	Kein Angebot! Haben Interesse an „guten Leuten“, Übernahmezusage an Alle wirkt demotivierend.
Arbeitgeberbeitrag zur Steigerung der Ausbildungsqualität.	Haben Aufklärungsbedarf.
30 Tage Urlaub für Auszubildende, Praktikantinnen und Praktikanten.	Die jungen Leute sollen arbeiten.
Sachgrundlose Befristungen sollen ausgeschlossen werden.	Ablehnung! Befristungen sichern Beschäftigung.
Regelungen zur Altersteilzeitarbeit sollen über den 31. Dezember 2016 verlängert werden.	Kein Angebot! Keine Nachfrage von den Beschäftigten. Falsches Signal – längere Lebensarbeitszeit erforderlich.
Keine Eingriffe in das Leistungsrecht der Zusatzversorgung!	Entlastung der Arbeitgeber erforderlich. VKA: Eingriffe in das Leistungsrecht unabdingbar!
Inkraftsetzung einer neuen Entgeltordnung im Bereich der VKA.	Angemessene Kompensation der Mehrkosten.
Regelungen zum Gesundheitsschutz bei den Flughafenfeuerwehren.	Aufklärungsbedarf, Hinweis auf bestehende örtliche Regelungen.

Darum geht es:

Die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes beim Bund, bei den Kommunen und den kommunalen Betrieben erbringen für unsere Gesellschaft notwendige, qualifizierte und hochwertige Dienstleistungen. In vielen Bereichen, wie insbesondere bei der Unterbringung, Versorgung und Betreuung der Geflüchteten ist die Arbeitsbelastung stark gestiegen. Die Beschäftigten leisten für die Gesellschaft unverzichtbare Aufgaben und das machen sie sehr gut.

Die Beschäftigten im öffentlichen Dienst leisten gute Arbeit. In der jetzigen Zeit wird das deutlich und deshalb verdienen sie Anerkennung. Gute Bezahlung ist Anerkennung – kein Angebot zu machen ist Geringschätzung gegenüber den Beschäftigten im öffentlichen Dienst.

Wir brauchen im öffentlichen Dienst deutlich höhere Einkommen. Der Lohnabstand zu den Löhnen der Gesamtwirtschaft muss verringert werden. Kräftige Lohnsteigerungen sind wirtschaftspolitisch sinnvoll, gut für die Konjunktur und stärken die Kaufkraft.

Die Rentengesetzgebung des Bundes wird bei Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern mit durchschnittlichen Einkommen zur Altersarmut führen. Die betriebliche Altersversorgung bekommt daher eine immer größere Bedeutung. Dies gilt auch für die Zusatzversorgung im Bereich des öffentlichen Dienstes bei der Versorgungsanstalt des

Bundes und der Länder (VBL) und den kommunalen Zusatzversorgungskassen (ZVK). Deshalb lehnt ver.di jeden Eingriff in das Leistungsniveau der Zusatzversorgung strikt ab. Die erfreulicherweise steigende Lebenserwartung und das derzeitige niedrige Zinsniveau können keine Eingriffe in das Leistungsrecht rechtfertigen. Leistungskürzungen wären sozialer Sprengstoff, den auch die öffentlichen Arbeitgeber nicht wollen können.

Jetzt sind die Beschäftigten aufgefordert zu zeigen, was sie von solchen Plänen halten!

Frank Bsirske

ver.di-Vorsitzender

„In der Frage der Zusatzversorgung liegen wir fundamental auseinander – Leistungskürzungen wird es mit ver.di nicht geben! Auf unsere Forderung zur Lohnerhöhung haben wir kein Angebot von den Arbeitgebern erhalten.“



Jetzt gilt es, in den Dienststellen und Betrieben Druck zu machen! Der ver.di-Bundesvorstand ruft die Beschäftigten zu Warnstreiks auf.“

Gründe für deutlich höhere Einkommen

Wie so oft in Tarifrunden singen die Arbeitgeber angesichts unserer berechtigten Forderungen ihr altes Jammerlied. Das hilft aber nicht, sie müssen sich den Realitäten stellen. Und die sprechen für unsere Forderungen. Geht es um die Realeinkommen, darum Anschluss zu halten an die Privatwirtschaft, Nachwuchsprobleme und Fachkräftegewinnung: Immer sind deutlich höhere Einkommen die sinnvolle und gerechte Schlussfolgerung.

1. Reallohnentwicklung

Die Realeinkommen der Tarifbeschäftigten haben sich insgesamt im Vergleich zu 2000 deutlich geringer erhöht, als die Unternehmens- und Vermögenseinkommen, die preisbereinigt um mehr als 30 Prozent gestiegen sind. Es ist Zeit für deutlich höhere Arbeitseinkommen.

2. Nachwuchsprobleme

Die unbefristete Übernahme von Auszubildenden ist ein Schritt, dem sich anbahnenden Fachkräftemangel entgegen zu treten und konkurrenzfähig zu sein.

Die Entwicklung der Altersstruktur im öffentlichen Dienst unterstreicht zudem die Notwendigkeit von Neueinstellungen junger Menschen. Das Durchschnittsalter aller Beschäftigten betrug 2014 rund 45,53 Jahre und liegt damit höher als in den Jahren zuvor. Mitte 2014 waren rund 1,2 Millionen Beschäftigte 55 Jahre und älter, was einem Anteil von über 26 Prozent entspricht.

Höchste Zeit, um mit deutlich höheren Einkommen attraktive Bedingungen für engagierte junge Menschen zu schaffen.

3. Fachkräftemangel

Höhere Einkommen und feste Arbeitsplätze schaffen Anreize, um sich für den öffentlichen Dienst zu entscheiden.

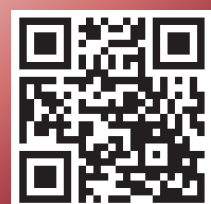
In vielen Bereichen des öffentlichen Dienstes herrscht bereits jetzt Fachkräftemangel. Trotzdem wird überwiegend befristet eingestellt.

Höchste Zeit, mit der Praxis befristeter Beschäftigung Schluss zu machen. Sachgrundlose Befristungen müssen ausgeschlossen werden.

4. Höhere Löhne stärken die Binnennachfrage

In den vergangenen Jahrzehnten wurde von der Arbeitgeberseite regelmäßig argumentiert, dass zu hohe Löhne den Wirtschaftsstandort gefährdeten. Eine zurückhaltende Lohnentwicklung dagegen würde die Investitionen beflügeln und neue Arbeitsplätze entstehen lassen.

Die Folgen dieser Politik sind deutlich zu sehen: Große Investitionen, die Arbeitsplätze schaffen, sind kaum zu beobachten. Wenn Arbeitsplätze geschaffen wurden, dann häufig zu Bedingungen unterhalb tariflich abgesicherter Beschäftigung. Die Binnennachfrage hat im vergangenen Jahrzehnt nur einen kleinen Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung geleistet. Deutschland litt vor allem darunter, dass der private Konsum stagnierte und der Aufschwung bis 2007 ganz überwiegend von Exportsteigerungen getragen war.



www.mitgliedwerden.verdi.de